LEBENSMITTEL

Verwüstete Meere

Die Ozeane sind einer der wichtigsten Nahrungslieferanten. Fast 200 Millionen Menschen garantiert die Fischerei ein – wenn auch schmales – Einkommen. Doch die wachsende Nachfrage und die industrielle Ausbeutung der Meere ruinieren die globalen Fischbestände.

ie Dämmerung kriecht langsam über den Horizont, als der Kutter der Gebrüder Pinkis endlich in den Hafen von Kühlungsborn zurückkehrt. Noch ist die Ostsee ruhig, aber der Wind bläst schon scharf aus Nordost. Für den Abend ist Sturm angesagt. Seit zwei Uhr morgens waren sie draußen, zehn Meilen vor der mecklenburgischen Küste, dort, wo sie am Nachmittag über hundert Netze in den Meeresgrund gestellt hatten, in der Hoffnung, der Fisch würde kommen.

Der Kutter der Brüder ist klein, nicht mal zehn Meter lang, oben eine winzige Brücke, unten der große Fischtank. Auf Deck stehen zwei Stellnetzfischer und leuchten orange im Ganzkörper-Ölzeug. Kaum liegt das Boot am Kai, fangen sie an, den Fang aus dem Tank zu schaufeln: Schollen, Dorsche, auch ein Steinbutt ist dabei. 200 Kilogramm Fisch, der Lohn eines Arbeitstages, der oft 20 Stunden hat. Sechs Tage die Woche.

Sie sind die Einzigen hier an diesem Morgen im Hafen von Kühlungsborn, ein einsamer Fischkutter zwischen Yachten und Segelbooten. Es ist leer geworden in den Fischereihäfen an den deutschen Küsten. Rund 3700 Seefischer gibt es noch in Deutschland. Viele sind schon alt. Die Gebrüder Pinkis gehören zu den jüngsten in der Fischereigenossenschaft Wismarbucht. Uwe ist 45, Klaus 42. Fischer ist ein sterbender Beruf in Deutschland.

Fragt man Klaus Pinkis, ob man von 200 Kilo Fisch am Tag noch leben könne, legt er den Fischkescher für einen Moment zur Seite, schiebt sich die Mütze aus der Stirn und holt tief Luft. Er schaut lange zu seinem Bruder, dann sagt er: "Uns geht es gut, aber es gibt andere, viele sogar, die klappern mit den Zähnen und kratzen an Hartz IV."

Die Pinkis-Brüder sind ihre eigene Verwertungskette. Sie fangen, verarbeiten, verkaufen den Fisch selbst, im Hinterhof ihres gepflegten Häuschens gleich hinter dem Ostseestrand von Rerik am mecklenburgischen Salzhaff. "Je mehr du machst, umso mehr bleibt auch hängen", sagt Klaus Pinkis, sein Bruder nickt, Stolz in den Augen, alle beide.

60 000 Euro Umsatz machen sie im Jahr. Für Geld allein mache das keiner, sagt Uwe Pinkis, dafür gehe das alles zu sehr in die Knochen: vor allem, wenn das Wetter schlecht ist und der Kutter "den ganzen



Ostsee-Fischer Klaus und Uwe Pinkis: Ein hartes Geschäft – und ein sterbendes



Sushi-Restaurant (in Dresden): Ein Trend, der den Roten Thun fast ausgerottet hat

Tag schaukelt wie blöd", wenn die Brüder "den ganzen Abend nur Magnesium futtern", wegen der Wadenkrämpfe. Es ist ein hartes Geschäft – und ein sterbendes.

Rund ein Viertel der bekannten Fischbestände sind bereits existenzbedrohend überfischt, darunter früher so weitverbreitete Arten wie Kabeljau und Thunfisch. Weitere 50 Prozent gelten laut Uno-Welternährungsorganisation FAO als vollständig ausgebeutet. Die Folgen für das komplexe Öko-System kann und will niemand

vorhersagen. Doch klar ist: Die Meere verwüsten allmählich.

Alles nur Panikmache? Propaganda von Umweltschützern? Sicher nicht.

Umweltminister Sigmar Gabriel sprach nüchtern aus, was Wissenschaftler schon seit einigen Jahren zu wissen glauben: Wenn die Plünderung der Ozeane weiter anhält, brechen die Fischbestände – und damit auch die Fischerei – bis zur Mitte des Jahrhunderts zusammen. Komplett. Weltweit.

Makrelenschwarm: Ebenso komplexes wie bedrohtes Öko-System

Nur die Nachrichten der vergangenen Wochen: US-Behörden haben erstmals ein Fangverbot für Lachse an der gesamten Pazifikküste verhängt. Die EU untersagt die Thunfisch-Fischerei im Mittelmeer. Experten fordern, die Nordsee für Kabeljau-Fischerei zu sperren.

Sogar das Înstitut der deutschen Wirtschaft, nicht gerade als linksalternative Umweltschützerbastion bekannt, warnt eindringlich davor, dass ein ganzer "Wirtschaftszweig im wahrsten Sinne des Wortes vom Aussterben bedroht ist".

Dabei sind Milliarden Menschen auf Fisch als Ernährungsgrundlage zum Überleben angewiesen – insbesondere in Teilen der Dritten Welt, wo Fisch mit einem Anteil von 20 Prozent die wichtigste Quelle für tierische Proteine ist. Fast 200 Millionen Menschen garantiert die Fischerei ein Einkommen.

Seit Jahrzehnten steigt der Bedarf an, stetig und steil, und die Fischer tun nichts anderes, als ihn zu befriedigen. Die weltweite Fangmenge hat sich durch immer größere und effizientere Boote zwischen 1950 und 2005 mehr als versiebenfacht, auf mittlerweile über 140 Millionen Tonnen Fisch. Jährlich.

Gerade in den Gewässern der Industriestaaten mit ihren hochgerüsteten Flotten und gut zahlenden Verbrauchern waren die Folgen schon früh zu erkennen: Bereits in den sechziger Jahren brachen die Heringsbestände in Nord- und Ostsee dramatisch ein.

Die Folgen haben insbesondere die Deutschen zu spüren bekommen. Heute gibt es hierzulande nur noch halb so viele Seefischer wie 1970 – trotz Wiedervereinigung. In den Achtzigern waren es knapp 30 hochseetaugliche deutsche Boote, die nicht nur quasi vor der Haustür in Nordund Ostsee fischten, sondern sich bis nach Grönland wagten. Heute sind es 7. Nur eines von ihnen ist nicht in der Hand ausländischer Konzerne.

Es ist die "Atlantic Peace", 57 Meter lang, 24 Mann Besatzung, die sich da gerade zwischen zwei Containerschiffen an die Kaimauer drückt. Rostlinien verschmieren die einst strahlende, weiß-blaue Lackierung. Das letzte deutsche Hochseefischer-Schiff ist kein hübscher Kutter, sondern ein stählernes Kraftpaket, mit dem sich auch bei Acht-Meter-Wellen noch arbeiten lässt.

Im Hintergrund schimmern die Morgenlichter von Reykjavík durch Nebelfetzen. Zwei Tage war die "Atlantic Peace" bei Windstärke 11 von ihren Fanggründen in die isländische Hauptstadt zurückgestampft, die Basis für Nordatlantikfischer.

Auf der Brücke steht Kapitän Klaus Hartmann, das Gesicht fahl von Müdigkeit. Es ist sechs Uhr morgens, und es regnet in Strömen. "Wann kommen endlich die Container?", fragt Hartmann und starrt aufs Hinterdeck. Im Minutentakt hievt ein



Thunfisch-Verarbeitung (im Hafen des japanischen Shimizu): Hochgerüstete Flotten

Kran Paletten aus dem Laderaum, jede eng beladen mit Kartons voll Schwarzem Heilbutt. Über 400000 Fische, verkaufsfertig ausgenommen, gefroren, verpackt. Die "Atlantic Peace" ist ein Fabrikschiff.

70 Tage war sie auf See, eine hocheffiziente Fang- und Verarbeitungsmaschine, die nur in den Hafen kommt, um ihre Ladung möglichst schnell auszuspucken. Schon in drei Tagen wird sie wieder auslaufen, wieder Richtung Grönland, wieder

Richtung Fanggebiet XIVb, wo die Deutschen traditionell große Quoten haben.

Warum ausgerechnet vor Grönland? "Weil die Deutschen dort schon immer gefischt haben", sagt Hartmann. Gut 40 Millionen Euro zahlt die EU jedes Jahr an Grönland, damit sie es auch heute noch dürfen.

Die dokumentierten Fänge aus früheren Zeiten sind die Grundlage des Quotensystems: Weil die Briten bereits vor jeder Regelung in der Nordsee den meisten Kabeljau gefischt haben, bekommen sie dort jedes Jahr die größten Quoten von der EU zugewiesen. Und weil die Spanier schon immer Sardellen im Mittelmeer gefangen haben, dürfen sie es auch heute.

Taucht eine Fischart plötzlich in Meeresgebieten auf, wo es bislang keine Quotenverteilung gab, geht das große Rennen los. Vergangenes Jahr etwa wurde nordöstlich von Island ein neues Rotbarsch-Revier entdeckt. Die zuständige Regulierungsinstitution gab eine Quote von 15 000 Tonnen frei. Dann ging's los.

"Olympisches Fischen" nennt sich das: Wer am schnellsten am meisten wegfischt, der gewinnt, denn aufgrund der Fänge werden die künftigen Quoten für die einzelnen Schiffe festgelegt.

Schon in drei Tagen wird sie wieder auslaufen, wieder Richtung Grönland, wieder barschschwärme. "In zwei Wochen war al-

les weggefischt", sagt Hartmann. Gut findet er das nicht.

Hartmann ist auch Vorsitzender des Verbands der deutschen Hochseefischerei. Er kennt die Probleme mit dem heutigen Ruf des Fischers, von der angeblich rücksichtslosen Gier nach Fang, von fehlender Rücksicht auf die Umwelt.

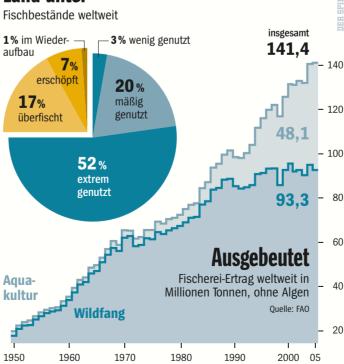
Deswegen redet er viel und lange von bestandserhaltender Fischerei und der nötigen Zusammenarbeit mit Wissen-

schaftlern wie auch Umweltschützern. Er sagt, Beschränkungen seien unabdingbar, "gewissensbedingt", aber auch schon aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus. "Ich will den Job auch in 20 Jahren noch machen. Das geht nur, wenn es noch Fisch gibt."

Hartmann benutzt Wörter wie "Paradigmenwechsel" oder "ethische Notwendigkeit", wenn er von solchen Veränderungen spricht. Er ist kein Seebär, keiner, der mit wettergegerbtem Gesicht und rauen Händen Fischerlatein verbreitet. Manchmal wirkt er fast fehlplaziert auf der Brücke, mit der eckigen Designerbrille auf der Nase und Laptop vor sich. An diesem Ort, wo es trotz offener Türen unerträglich ranzig stinkt, eine fiese Kombination aus Fisch, Maschinenöl und altem Schweiß.

Hartmann ist nicht mal an der Küste aufgewachsen, sondern in Köln. 1977 kaufte er seinen ers-





ten eigenen Kutter, für 100 000 Mark, das Geld zusammengekratzt von Freunden. Seitdem sind seine Schiffe alle paar Jahre ein bisschen größer geworden. Die "Atlantic Peace" ist nun die Krönung, gebraucht erstanden vor sieben Jahren für 18 Millionen Mark.

Doch Hartmann fährt bereits seit Jahren nicht mehr selbst raus. Das überlässt er seinen Partnern: Die "Atlantic Peace" ist eine Kommanditgesellschaft mit drei Kapitänen. Einer musste an Land bleiben, "aufpassen, dass man als Ein-Schiff-Unternehmen nicht plattgemacht wird". Von der EU-Bürokratie, von der Konkurrenz, die meist gleich mit Dutzenden Schiffen operiert, von den Marktschwankungen, die längst nichts mehr mit dem Tagespreis bei der Fischauktion in Bremerhaven, sondern eher mit den Währungsschwankungen von Yen gegenüber Dollar zu tun haben.

Schon zwei Wochen bevor die "Atlantic Peace" in Reykjavík einlief, hatte Hartmann den kompletten Fang verkauft. 19851 Kartons Schwarzer Heilbutt, dazu noch etwas Rotbarsch. Zum Preis von 1,4 Millionen Euro, ausgehandelt mit einem dänischen Großhändler, der vor allem asiatische Lebensmittelkonzerne bedient.

Wenn in den japanischen Supermärkten der Fisch knapp wird, geht es Hartmann gut, denn dann bekommt er mehr Geld für seinen Heilbutt. Schlecht ist dagegen, wenn die chinesische Wirtschaft stottert, denn dann kaufen die Chinesen nicht Hartmanns teuren Rotbarsch, sondern billigen Fisch aus Vietnam. Sicher ist nur: Nicht ein Fisch vom letzten deutschen Hochseefischer-Boot geht nach Deutschland.

Die Globalisierung hat die Fischerei mit voller Wucht erreicht. "Wer das nicht erkennt", sagt Hartmann, "ist ganz schnell weg vom Fenster."

Für die meisten einheimischen Fischer lohnt es sich nicht mehr, hierzulande zu verkaufen: Sie liefern nur 15 Prozent des Fisches, der in deutschen Verkaufstheken landet. Bedarf gäbe es: Die Deutschen essen von Jahr zu Jahr mehr Fisch, 16 Kilo pro Kopf, 20 Prozent mehr als noch vor zehn Jahren. Aber Deutschland ist ein Billig-Fisch-Land, wo sich sogar der sonst verschmähte doppelt gefrorene Abpackfisch prächtig verkauft: Alaska-Seelachs etwa, von russischen Trawlern gefangen, gefroren, zum Filettieren nach China geschickt, wieder gefroren und dann nach Deutschland in den Supermarkt geschafft.

3,37 Euro bekommt Hartmann für ein Kilo Heilbutt. Das ist ordentlich, aber lange nicht so viel wie für den rar gewordenen Kabeljau. Doch der lässt sich nur als Filet verkaufen, zwei Drittel des Fanggewichts landen im Müll. Beim Heilbutt dagegen werden auch Köpfe und Flossen verwertet, "die Chinesen stehen da drauf".

So lohnt es sich, auf den Schwarzen Heilbutt zu gehen, "auch wenn der verdammt schwer zu fischen ist". Weil er in großen Tiefen steht, bis zu 1500 Metern, nur aufzuspüren durch die Erfahrung des Kapitäns und mit Hilfe von Sonar, Plottern und 3-D-Unterwassermonitoren.

Die Brücke der "Atlantic Peace" erinnert denn auch mehr an eine Marine-Fregatte als an ein Fischerboot. Hochseefischen ist inzwischen genauso viel Hightech wie Handarbeit. Deswegen ist so gut wie kein Fisch an irgendeiner Stelle der Ozeane mehr sicher.

Mit zwei, drei Knoten schleppt die "Atlantic Peace" ihr 70 Meter langes Netz über den Meeresgrund, ob bei Sturm oder durch Treibeis, scheucht die Heilbutte in die riesige Netzöffnung, 30 Meter breit, 12 Meter hoch. Bis zu 20 Tonnen können sich bereits nach einer halben Stunde im Steert, dem Ende des Netzes, drängen. Nach vier Stunden muss das Netz rein: "Die sind sonst schnell schlapp und abgeschuppert."

Eine riesige Heckwinde holt das Netz dann aus der Tiefe, 30 Minuten kann das dauern, dann erst kommt der Fang, Zehntausende Fische zusammengequetscht zwischen grünen Maschen, die nicht kleiner chen Schiffen seien geradezu Rentnergangs unterwegs.

Noch lässt sich Geld verdienen in der Fischerei, rund acht Millionen Euro setzt die "Atlantic Peace" im Jahr um. Die Rendite schwankt zwischen einem und 15 Prozent. Jedenfalls solange die Quoten da sind, doch das kann sich jedes Jahr ändern. Hartmann trägt die aktuelle Quotenvergabe der EU fast immer mit sich herum, eine riesige Excel-Tabelle. In Dutzenden Spalten verdichtet sich hier die EU-Fischereipolitik.

Für jedes Land, für jedes Fanggebiet, für jeden Fisch und jedes Boot oder jede Flotte eine Zahl. 4500 Tonnen insgesamt stehen da für die "Atlantic Peace": Heilbutt, Kabeljau, Seelachs, Rotbarsch und Schellfisch.

Doch bis auf die Gesamtfangmenge haben die Zahlen nichts zu sagen: Die Fischer tauschen untereinander, was das Zeug hält, je nachdem, auf welchen Fisch sie sich spezialisiert haben. Hartmann etwa hat seine 800 Tonnen Kabeljau vor Norwegen mit den Isländern gegen 600 Tonnen Heilbutt vor Grönland getauscht.



Kapitän Hartmann (an Bord der "Atlantic Peace"): "Ganz schnell weg vom Fenster"

als 140 Millimeter sein dürfen, um die Jungfische entkommen zu lassen. Mit schnellen Schnitten öffnet die Crew das Netz, der Fang rutscht nach unten in den Tod: Das ganze Unterdeck der "Atlantic Peace" ist eine Verarbeitungsfabrik aus metallenen Förderbändern und blitzenden Kreissägen.

Wenn die Fischerei gut ist, laufen die Maschinen 24 Stunden am Tag, ein endloses Köpfen, Ausnehmen, Einfrieren. Es gibt kein Tageslicht, nur Kälte, Enge und schwankenden Boden. Ein Knochenjob, noch immer, egal wie viel Technik dabei hilft.

5000 Euro kann ein Matrose dafür mit nach Hause nehmen, gutes Geld, trotzdem fehlt es an Nachwuchs. "Die Überalterung ist ein Problem", sagt Hartmann. Auf manJedes Jahr werden die Quoten neu festgelegt, in monatelangen Verhandlungen zwischen den EU-Staaten untereinander und mit ihren Nachbarn. "Wir wissen nie, was dabei passiert", sagt Hartmann. "Und wenn es ganz dumm läuft, stehen wir im nächsten Jahr nur mit der Hälfte da."

Anders als bei Norwegern oder Isländern etwa sind die EU-Fischer an den Verhandlungen nicht beteiligt. Politiker und Bürokraten machen die Ouoten unter sich aus.

2007 bekamen die deutschen Fischer 225 000 Tonnen zugewiesen. Es ist eine Leihgabe – immer nur für ein Jahr, denn die Quote gehört der Bundesrepublik Deutschland und nicht den Fischern.

In Island, wie auch in vielen anderen Fischereinationen, ist das anders. Dort ist

die Quote im Besitz der Fischer. Das verschafft ihnen Wettbewerbsvorteile – Planbarkeit und finanzielle Mittel. Seit Jahren expandieren isländische Fischereikonzerne, kaufen sich immer größere Flotten und Marktanteile zusammen.

Das ehemals größte deutsche Hochseefischerei-Unternehmen, die Cuxhavener Deutsche Fischfang Union, gehört längst zum isländischen Konzern Samherji, genauso wie Flotten in Polen, England und Spanien. Seit Jahren rollt eine langsame, aber stetige Konsolidierungswelle über die Fischereiindustrie hinweg: Die Akteure werden weniger, aber größer, globaler, mächtiger. Schlechte Nachrichten für die Millionen kleiner Familien-Fischer. Schon heute macht ein Prozent der weltweiten Fischereiflotte 50 Prozent des Fangs.

Samherji hat im vergangenen Sommer eine Flotte aus sechs Fabrikschiffen übernommen, nur um jetzt auch vor der westafrikanischen Küste zu fischen. Die EU zahlt jährlich über 80 Millionen Euro an Mauretanien, damit europäische Industriefischer die afrikanischen Küstengewässer Doch zumindest auf einen gemeinsamen Feind können sich alle einigen: die Piratenfischer. Sie fangen ohne Lizenz, ohne Quote und ohne Rücksicht auf eine bestandserhaltende globale Fischereipolitik. Rund ein Drittel des jährlichen weltweiten Gesamtfangs wird mittlerweile durch die sogenannte IUU, die "illegale, nicht angemeldete und unregulierte Fischerei", aus dem Meer gezogen.

"Die IUU ist in einigen Gebieten leider tatsächlich außer Kontrolle", sagt Stefán Ásmundsson. Er ist Vorsitzender der North East Atlantic Fisheries Commission (NEAFC), der neben der EU auch die meisten anderen in dieser Meeresregion fischenden Staaten angehören. Inzwischen gibt es in einigen Ozeangebieten ähnliche multinationale Organisationen. Sie sind der Versuch, den Fischfang in den weitgehend rechtsfreien internationalen Gewässern zu managen. Doch das gelingt nur mit den Staaten, die sich an die Regeln halten, und das sind längst nicht alle.

"Das Problem ist, dass nach internationalem Seerecht die Durchsetzung von Re-



Greenpeace-Aktivisten hinter Schleppnetz-Fischer (2005): Schutzräume gefordert

leerfischen dürfen. Den mauretanischen Fischern bleibt dafür oft nicht genug zum Leben. Andere, wie der niederländische Fischereikonzern Parlevliet & Van der Plas, schicken ihre Schiffe inzwischen bis tief in den Südatlantik und vor die Küsten Chiles und Perus.

Wegen der schwindenden Ressourcen wird der globale Verteilungskampf immer öfter auch handgreiflich geführt: Französische Langleinenfischer attackieren spanische Treibnetzfischer, die ihnen die Fanggründe leerräumen, mit Molotow-Cocktails. Englische Fischer bewerfen isländische Küstenwächter mit gefrorenen Fischen. Und deutsche Stellnetzfischer gehen sich auf der Ostsee gegenseitig an die Gurgel, weil der eine zu nah am anderen fischt.

geln Sache des Flaggenstaats der Fischer ist", sagt Ásmundsson. Und viele setzen ganz bewusst überhaupt nichts durch: Über 1200 Fischtrawler sind unter Billigflaggen registriert, in Kambodscha etwa oder Honduras. Weitere 1600 Trawler räubern ganz ohne Flagge durch die Ozeane.

Viele der Piratenfischer sind bekannt, ihre Schiffe stehen auf schwarzen Listen, doch in internationalen Gewässern können sie den Kontrolleuren schlicht verbieten, an Bord zu kommen.

Zunehmend wird deswegen versucht, den Piraten den Zugang zu den Häfen zu versperren, ihnen das Anlanden des Fisches unmöglich zu machen, ihnen Verpflegung und Diesel zu verweigern. Doch selbst das gelingt nicht immer, wie ausgerechnet auch deutsche Behörden bewiesen haben.

Die fünf großen Trawler der deutschrussischen Charterfirma Piro-Fisch waren schon lange als dreiste Piraten bekannt, als sie im Herbst 2005 im Hafen von Rostock einliefen. Sie stehen auf allen einschlägigen schwarzen Listen. Doch die Schiffe blieben unbehelligt, obwohl sogar der isländische Außenminister die EU-Kommission bat, das Auslaufen zu unterbinden. Im März 2006 verließen die Trawler Rostock – versorgt und ungehindert. Im April liefen sie nach einem weiteren Raubzug Kaliningrad an, wo sie umgehend festgesetzt wurden.

Aber auch in der legalen Fischerei versagt die Politik nicht selten. Noch immer zum Beispiel liegen die EU-Kabeljau-Quoten um 50 Prozent über den Fangmengen, die Wissenschaftler für gerade noch vertretbar halten. In der EU gibt es immer wieder heftigen Streit, weil manche Länder nicht endlich weniger, sondern mehr fischen wollen.

In traditionell starken Fischereinationen wie Frankreich oder Spanien wagt es eben kein Politiker, ganze Küstenregionen gegen sich aufzubringen. Die Empfehlungen der Experten wie vom Internationalen Rat für Meeresforschung werden nur zu oft ignoriert. Im internationalen Verteilungskampf ist meist der Fisch der Verlierer.

Viele deutsche Fischer suchen nun nach eigenen ökologisch vertretbaren Wegen, um nicht als "Fischmörder" oder "Umweltschweine" dazustehen – Beschimpfungen, die sie an Küstenpromenaden immer wieder hören. Seit über fünf Jahren unterstützen Fischwirtschaft und Handel das Ökosiegel MSC, das legalen und ökologisch vertretbaren Fang kennzeichnet.

Seit kurzem wird die Herkunft des Fisches noch genauer ausgewiesen, etwa ob der Heilbutt vor Island oder vor Norwegen gefangen wurde. Das kann einen großen Unterschied machen, denn eine Fischsorte kann in einer Meeresregion fast ausgerottet sein und in einer anderen florieren.

Zudem wird mit Organisationen wie der NEAFC versucht, ein internationales Überwachungsregime zu etablieren. Doch die Ozeane sind riesig und die Kontrolleure wenige.

Deutschland hat drei Fischereischutzboote, um die eigenen Gewässer in Nordund Ostsee zu überwachen und gleichzeitig noch internationale Patrouillen bis in die Arktis und nach Kanada zu fahren.

Es ist kurz vor Mitternacht, als sich die "Seeadler" vorsichtig aus dem Marinehafen Warnemünde in die Ostsee schiebt. Dutzende polnische Fischer, die ihre Quoten längst überfischt haben, seien auf dem Weg in deutsche Gewässer, heißt es. Kaum auf offener See, springen die Hauptdiesel an, dann stampft das wuchtige, 72 Meter lange Küstenwachschiff mit voller Fahrt



Fischfarm (vor dem chinesischen Sanya): Aquakulturen als weltweite Rettung der natürlichen Bestände?

Richtung Usedom. Doch am nächsten Morgen sind keine Polen zu sehen: Fehlalarm.

Stattdessen hat die "Seeadler" einen dänischen Schleppnetzkutter im Visier. Die Kontrolleure könnten den Fischer zwingen, das Netz sofort zur Inspektion einzuholen, doch nicht ohne Grund: "Wir wollen die Fischerei nicht behindern", sagt der "Seeadler"-Kapitän Raik Thomas. Rund 30 Kontrollen schafft die unbewaffnete "Seeadler" auf jeder ihrer knapp zweiwöchigen Touren durch die Ostsee.

Erst als der Däne von selbst sein Netz einholen will, geht alles ganz schnell: Vier Mann springen erst in Überlebensanzüge, dann in das Begleit-Schnellboot der "Seeadler", es hängt an einem Kran in zehn Meter Höhe. In Sekunden ist es über Bord gehievt, die letzten Meter sind freier Fall, bis es aufs Wasser klatscht. Dann prescht das Schlauchboot über graue Ostseewellen auf den 15-Meter-Kutter zu, mit blinkendem Blaulicht durch Nieselregen und aufspritzende Gischt.

Kaum sind die deutschen Kontrolleure an Bord, bricht das Netz durch die Wasseroberfläche. Für einen Moment hängt ein Sack voll nach Luft schnappender Schollen und Dorsche über Deck, die Kiemen weit aufgestellt, die Mäuler durch die Maschen gedrückt. 150 Kilo Fisch platschen aufs Deck, Fischer und Kontrolleure waten einfach hindurch und versinken teils bis zu den Knien. Das "Seeadler"-Team inspiziert Netze und Maschengrößen, Lizenzen, Fischarten und Beifang. Nach 45 Minuten ist alles vorbei. Keine Probleme mit der "Line Charlotte". "Es gibt wirklich nur sehr selten etwas auszusetzen", sagt Kapitän Thomas.

Umweltschützer wie Greenpeace dagegen halten die Kontrollen schlicht für ungenügend. Zu vieles, was auf den Ozeanen passiert, bleibe ungesühnt. Die weltweiten Fangkapazitäten gehörten um 50 Prozent reduziert. In vielen Meeresgebieten müssten Schutzräume eingerichtet werden, in denen das Fischen komplett untersagt wäre.

Immer wieder versucht Greenpeace, wenigstens Signale zu setzen. So auch, als die "Rainbow Warrior II" in hochsommerlicher Hitze im Mittelmeer nahe Neapel kreuzt. Sie soll sich um eines der dramatischsten Kapitel der Überfischung kümmern: die drohende Ausrottung des Roten Thuns. Zwei Jahrtausende lang ernährte der Raubfisch die Mittelmeerfischer, doch nun scheint so gut wie keiner mehr da zu sein.

Vor allem die Sucht nach Sushi hat den Roten Thun fast ausgerottet. Für besondere Exemplare werden inzwischen über 100000 Dollar gezahlt. Vier Milliarden Euro werden jedes Jahr allein im Geschäft mit dem Thunfisch gemacht.

Die Mischung aus hohen Profiten und illegalen Methoden zieht auch die Unterwelt an: Sowohl die japanische als auch die italienische Mafia sollen tief in das Geschäft mit dem Thun involviert sein. In Fischereikreisen machen Schreckensgeschichten die Runde, wie die von den EU-Fischereiinspektoren, die bei ihrer Ankunft auf Sizilien Rückflugtickets auf ihren Hotelzimmern fanden. Wie die von der WWF-Aktivistin, die eine weiße Lilie auf dem Bett fand, als Todesdrohung der Mafia.

Eine immer größere Rolle spielen dabei die Thunfisch-Farmen, die in den vergangenen Jahren plötzlich vor vielen Mittelmeerküsten auftauchten. Dort werden jung gefangene Fische gemästet, bis sie fett genug zum Schlachten sind. Viele der Farmen werden illegal betrieben. "Wer genau hinter den Operationen steckt, ist meist nicht zu durchschauen. Oft sind es Scheinfirmen und Schachtelkonstruktionen", sagt Alessandro Gianni, Fischereibiologe an Bord der "Rainbow Warrior".

Gianni will zur Dokumentation ein Tauchteam in eine Farm vor der neapolitanischen Küste bringen. Doch kaum jagen die Greenpeace-Schlauchboote auf die Unterwasserkäfige zu, sind sie schon von der italienischen Küstenwache umringt. Das Greenpeace-Team taucht trotzdem.

Drei Mann verschwinden in einem Käfig, Tausende Thunfische schwimmen dort auf engster Fläche in einem Höllentempo im Kreis, selbst die erfahrenen Taucher sind entsetzt: "Das ist ja wie in 'Der Schwarm", ruft einer.

Trotz solcher Auswüchse: Am Ende könnten Fischfarmen sogar die Rettung für die weltweiten Fischbestände sein. Die Aquakultur, die künstliche Aufzucht von Fischen und Meeresfrüchten, ist eine der am schnellsten wachsenden Formen der Nahrungsmittelproduktion der Welt. Seit Anfang der Neunziger legt die Branche durchschnittlich mit knapp zehn Prozent pro Jahr zu.

Wissenschaftler sprechen bereits von einer "blauen Revolution", ähnlich der "grünen Revolution" in der Landwirtschaft in den Fünfzigern, als neue Methoden die Nahrungsmittelproduktion in kurzer Zeit vervielfachten.

Knapp ein Drittel der über 1,2 Millionen Tonnen Zuchtlachs kommt aus den Farmen des norwegischen Konzerns Marine Harvest, des größten Fischproduzenten der Welt mit 7500 Mitarbeitern in 18 Ländern. "Dabei wird es nicht bleiben", sagt Leif Frode Onarheim, der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende. "Wir haben große Ambitionen."

Rund eine Stunde Bootsfahrt von Stavanger an der norwegischen Westküste entfernt liegt die Vorzeige-Lachsfarm von Marine Harvest. In einem 400 Meter tiefen Fjord schwimmen ein rotes Holzhäuschen und 14 Käfige, jeder 24 Meter lang, 24 breit, 30 Meter tief. Darin: 800000 Lachse. Marktwert: rund zehn Millionen Euro.

Lachse sind relativ einfach zu züchten. Sie schlüpfen schon weit entwickelt und können mit industriell produzierter Trockennahrung ernährt werden, die großteils aus Fischmehl besteht. Onarheim ist sicher, dass der Erfolg des Lachses mit anderen Arten wiederholbar ist: Heilbutt etwa, dem südamerikanischen Tilapia oder Red Snapper. Immer besser bekommt die Branche auch die ökologischen Probleme in den Griff.

Ein Jahr dauert es, bis die Fische von 100 Gramm auf fünf Kilo hochgezüchtet sind. Dann sind sie schlachtreif: Die Lachse werden aus den Käfigen heraus- und in Transportschiffe hineingepumpt, die Verarbeitungsfabrik liegt am anderen Ende des Fjords. Über der Schlachtmaschinerie hängt ein Zählwerk. Es gibt laufend an, wie viele Lachse am Tag bereits verarbeitet wurden. Alle paar Sekunden springen die rotleuchtenden digitalen Ziffern um: 7904, 7905. Es ist erst elf Uhr morgens.

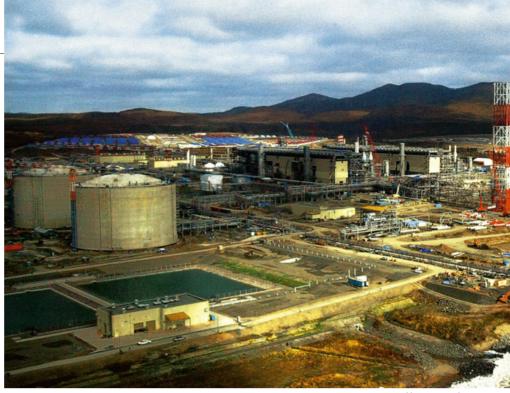
Onarheim geht das alles trotzdem nicht schnell genug: "Wir stehen im Wettbewerb mit Hähnchen- und Rindfleisch." Die Farmen sollen noch größer werden, noch mehr produzieren, zunehmend auch weit draußen vor der Küste: zwei Millionen, drei Millionen Fische. Pro Farm. Pro Jahr.

Es ist das komplette Gegenteil zur Welt der norddeutschen Pinkis-Brüder, für die das alles ein Wahnsinn sein muss, sie mit ihren 30, 40 Dorschen täglich, die dort in Kisten aufgereiht auf der Gartenmauer stehen, zwischen Rosensträuchern und kurzgeschnittenem Rasen. Das Kilo zu 2,50 Euro, billiger als ein Big Mac. Die jeden Fisch einzeln aus dem Netz herauspulen und erst bei minus zehn Grad aufhören, wenn der Dorsch schon an den Maschen festgefroren ist.

Nein, sagt Klaus Pinkis, ihretwegen könne der Fisch ganz sicher nicht aussterben. Und dass sie das nicht begreifen, "dort in Brüssel", wo sie die Quoten machten und ihnen das Leben schwer. Warum man sie nicht fischen lasse, einfach so, ohne all die Regularien? Sie wüssten schon, was verträglich ist, wie beide Seiten auskommen könnten, der Fischer und der Fisch.

"Es ist so ein schöner Beruf, ich bereue keine Minute", sagt Pinkis. "Aber ob ihn nach uns noch jemand macht, das weiß ich nicht."

THOMAS SCHULZ



Shell-Anlage zur Erdgasförderung (auf der Insel Sachalin, 2006): Dem Zugriff manipulierter

STANDORTPOLITIK

Barbaren gegen Plünderer

Der Streit zwischen dem Energieriesen BP und seinen russischen Partnern eskaliert. Für die Kontrolle über die Rohstoffreserven ist dem Kreml jedes Mittel recht.

or internationalen Investoren gibt sich Präsident Dmitrij Medwedew gern weltoffen und liberal. Dann spricht er beispielsweise davon, dass er "Russland aktiver in den Weltkapitalmarkt integrieren" möchte, wie er jüngst auf dem Sankt Petersburger Wirtschaftsforum erklärte. Dann geißelt er "nationalen Egoismus" und fordert "gleiche Konkurrenzbedingungen auf den Weltmärkten". Dann klingt Medwedew wie eine Art russischer Ludwig Erhard.

Wie wenig solche präsidialen An- und Aussprüche wert sind, erleben zurzeit die Manager des britischen Energiekonzerns BP. Das Unternehmen, das einen Anteil von 50 Prozent an Russlands drittgrößtem Ölförderer TNK-BP hält, steht unter beispiellosem Druck von Staatsbehörden und Kreml-nahen Moskauer Oligarchen, denen die anderen 50 Prozent gehören.

Der amerikanische TNK-BP-Chef Robert Dudley flüchtete vor wenigen Tagen "nach schweren Schikanen" ins Ausland. Er war von Steuerermittlern vorgeladen worden und sollte Staatsanwälten erklären, weshalb das Gemeinschaftsunternehmen – wie in Russland üblich – aus dem Westen entsandte Mitarbeiter höher entlohnt als Ortskräfte. Eine staatsnahe Gewerkschaft hatte sich beklagt. Wegen Visaproblemen zwangen die Behörden zudem mehr als

150 westliche Firmenmitarbeiter zur Ausreise. Und der Inlandsgeheimdienst FSB, einst vom jetzigen Premierminister Wladimir Putin geleitet und Nachfolgeorganisation des KGB, nahm zwei TNK-BP-Leute wegen des Verdachts auf Wirtschaftsspionage fest – ein in der neueren russischen Geschichte einmaliger Vorgang.

Dabei ist der Fall BP nur das jüngste Beispiel für den Versuch Russlands, den Einfluss westlicher Konzerne in der lukrativen Energiebranche zurückzudrängen. Zwar sind die ausländischen Investments in Russland insgesamt zwischen 1997 und 2007 von 4,9 auf 47 Milliarden Dollar gewachsen. Doch Geld sollen die Fremden nur dort verdienen, wo es dem Kreml genehm ist – und auch dann nur so viel, wie er zulässt.

Geraten sie in Konflikt mit den Interessen der Staatsführung, sind Westunternehmen dem Zugriff manipulierter Behörden schutzlos ausgeliefert. Medwedews Versprechen klarer Rechtsstaatlichkeit und seine Kampfansagen an den "Rechtsnihilismus" bleiben dabei bislang Lippenbekenntnisse.

Die Behörden scheinen den britischen Teil von TNK-BP in die Mangel nehmen zu dürfen, während ein heftiger Konflikt das Unternehmen erschüttert. Die Finanzoligarchen Michail Fridman (von der mächti-